

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Verlagspreis: Die 8-seitige Seite 1,50 Mk., von denen 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Arbeitsangelegenheiten und 1,20 Mk. die 3-seitige Seite 1,20 Mk. — Die von Nummer 7.20 Mk. Bei Abbestellung 1000 Exemplare bis 1000 Mk. — Druckdruck Danzig 1921
Erscheinung: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Nr. 274

Donnerstag, den 24. November 1921

12. Jahrgang

Danzig als Tagungsort für die Oberschlesien-Verhandlungen.

Gestern vormittag wurde im Völkerbundspalast die polnisch-deutsche Konferenz durch eine Begrüßungsansprache des Generalsekretärs des Völkerbundes Eric Drummond und durch eine längere Eröffnungsrede des Präsidenten Felix Calonder eröffnet, auf die Reichsminister a. D. Schiffer und der polnische Bevollmächtigte Olzowski antworteten. Eine zweite Sitzung fand am Nachmittag statt, in der der Arbeitsplan besprochen wurde. Es wurde beschlossen, die Materie auf 11—12 Unterabschnitte zu verteilen, die voraussichtlich in Danzig tagen werden. Eine dritte, voraussichtlich die letzte Genfer Sitzung der beiden Abordnungen findet heute nachmittag statt. Am Schluß der zweiten Sitzung gab die Konferenz folgende amtliche Mitteilung heraus:

Der von den alliierten und assoziierten Mächten angenommene Beschluß des Völkerbundrates über Oberschlesien sieht ein Abkommen zwischen Polen und Deutschland zur Regelung des Übergangsregimes in Oberschlesien und des Winderheitenschutzes vor. Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz fand heute im Völkerbundsekretariat unter Vorsitz des Herrn Calonder statt. Deutschland war vertreten durch Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär a. D. Weisbach und den Grafen Schulenburg vom Auswärtigen Amt, Polen durch den bevollmächtigten Gesandten Casimir Olzowski, den Legationsrat Verlowski und den Sekretär im Ministerium des Aeußern Kramsztyl. Nach einigen Begrüßungsworten des Generalsekretärs eröffnete Calonder die Sitzung, indem er seine Aufgabe charakterisierte. Beide Vertretungen legten Wert darauf, festzustellen, daß sie mit dem größten Geist der Versöhnung an ihre Aufgabe herantreten würden und mit dem Bewußtsein, daß nicht nur die beiden Länder, sondern die ganze Welt an einer befriedigenden Lösung der durch die Aufteilung Oberschlesiens aufgeworfenen Fragen interessiert sei. Ueber das einzuschlagende Verfahren fand eine Vorbesprechung statt. Ein von Olzowski vorgelegter und unterbreiteter Vorschlag wurde als Verhandlungsbasis angenommen. Die Konferenz untersuchte nunmehr die Frage der Arbeitsverteilung auf verschiedene Unterkommissionen und die Frage, an welchem Ort die Unterkommissionssitzungen stattfinden sollen. Die Aussprache über diese verschiedenen Punkte wurden auf morgen vertagt.

Von der Abrüstungskonferenz.

Die Frage der Gasangriffe und Luftbombardements. Der Abrüstungsausschuß, in dem nur die fünf Großmächte vertreten sind, hat sich heute mit der Frage der Gasangriffe und der Luftbombardements beschäftigt. Der Kemmer-Ausschuß war zu einer Sitzung einberufen, um sich, wie verlautet, mit der Schantungfrage zu befassen.

Weder Landabrüstung noch Schuldenfrage. Frankreich wird nach der auf Donnerstag festgesetzten Abreise Briands in Washington durch die drei Hauptbelegierten Carraut, Viviani und Jufferand vertreten sein. Mit Briand kehren der Generalsekretär des Ministeriums des Aeußern, Berthelot, der Finanzsachverständige Cheysson und General Guat samt den militärischen Sachverständigen nach Frankreich zurück, der beste Beweis dafür, daß weder Landabrüstung, noch Schuldenfrage und Wiedergutmachungsproblem in Washington erörtert werden. Admiral de Don und die Marinesachverständigen bleiben in Washington.

Wie offiziell verlautet, verlangt Briand als Grundlage für die Flottenstärke Frankreichs das Marinebauprogramm vom Jahre 1922, dessen Durchführung durch den Krieg unterbrochen wurde. Frankreich wird mindestens die Flottenstärke verlangen, die es 1914 besaß. Die von England vorgeschlagene Beschränkung der Unterseeboote erklärte Briand als unannehmbar für Frankreich. Frankreich wünscht vor allem eine Flotte zu Verteidigungszwecken zu besitzen und werde deshalb so viel Unterseeboote und leichte Kreuzer verlangen, wie ihm für die Verteidigung seiner Küsten notwendig erscheine. In bezug auf Großkampfschiffe ist Briand bereit, dem Hughes'schen Programm Zugeständnisse zu machen.

Frankreich rükt nicht ab. Die Abordnungen der fünf Großmächte prüften gestern vormittag die Frage der Abrüstung zu Lande. Briand erklärte, daß Frank-

reich auch gegenwärtig umgibtlich eine Einschränkung seiner Rüstungen vornehmen könne. Es wurde beschlossen, die Frage einem Ausschuß aus den Führern der Abordnungen der fünf Großmächte zu übergeben, der den für die Abrüstungskommission bestimmten Bericht auszuarbeiten soll.

Die Königsmaher am Werk.

„Die bessere Einsicht des Kronprinzen.“

Der Adeniche Verband hielt kürzlich in Celle eine Versammlung ab, in der der Geschäftsführer des Verbandes, Herr Munneke aus Berlin, über das Thema sprach: „Ist Deutschland noch zu retten?“ Der Vortrag brachte wieder allerhand Angriffe auf die heutige Reichsregierung und einige interessante Bemerkungen über das Abenteuer des früheren Kaisers Karl. Der monarchistische Redner führte hierzu, der „Etelischen Zeitung“ zufolge, aus:

„Es sei aber die Zeit für eine Monarchie noch nicht gekommen; im Niedergang befindliche Völker könne man nicht in Monarchie umwandeln. Daher sei es ein Glück für Deutschland, daß der monarchistische Putsch, der vor 14 Tagen mit der Ausrufung des Kronprinzen Rupprecht zum König in Bayern ins Werk gesetzt werden sollte, in der letzten Minute infolge der besseren Einsicht des Kronprinzen nicht zur Ausführung kam. Dieser Putsch, dem die Entente vielleicht nicht fern stand, hätte Frankreich die erwünschte Gelegenheit gegeben, die Mainlinie zu besetzen und Nord- und Süddeutschland in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt.“

Es dürfte von Wert sein, dies Geständnis eines vom monarchistischen Standpunkt aus gewiß unverdächtigen Zeugen festzuhalten.

Neue schwere Unruhen in Irland.

Laut Nachrichten aus Belfast haben sich dort ernste Unruhen ereignet. In einem Straßentamp wurden sechs Personen niedergeschossen und viele verwundet. Später fanden zwei Angriffe auf Gasenarbeiter, die der Ulsterpartei angehören, durch Sinnfeiner statt. Ein Wagen der Straßenbahn, der mit Gasenarbeitern besetzt war, wurde zum Entgleisen gebracht. Darauf wurde eine Bombe geworfen, wodurch drei Personen sofort getötet und sechzehn verletzt wurden. Eine zweite Bombe, die in die Mitte einer Gruppe heimkehrender Gasenarbeiter geschleudert wurde, tötete zwölf Personen.

Wucherbekämpfung.

Der preussische Minister des Innern Severing hat an die Regierungspräsidenten und den Postpräsidenten von Berlin einen Erlass gerichtet, in dem er es als Pflicht der Postzeit bezeichnet, der weiteren wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung entgegenzutreten und die schamlosen Wucherer und Schieber aus den Kreisen der realen Erzeuger und Händler zu entfernen. Der Erlass regelt die Art, in der die Beamten der Schutzpolizei zur Wucherbekämpfung herangezogen werden können. Bei Ermittlungen in Ladengeschäften sollen die Beamten möglichst unauffällig einschreiten, dabei aber mit der nötigen Bestimmtheit vorgehen. In Zweifelsfällen soll eine gründliche Geschäftsrevision durch berufene Kräfte unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten aus Kreisen des realen Handels erfolgen. Falls die Einkaufspreise der Kleinhandler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittlungen nicht nur gegen diese, sondern auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur zu erstrecken. Bei diesen Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Abicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rückstandslos zu beschlagnahmen und der sofortigen Verteilung zuzuführen. Die Wucherbekämpfung soll auch in den Kleinstädten sowie auch auf dem Lande durchgeführt werden. Insbesondere ist allen Arten der Selbsthilfe der Verbraucher vorzubeugen und gegebenenfalls allen Plünderungen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten.

Die geforbte Finanzdiktatur Michailid. Das von dem polnischen Finanzminister Michailid eingebrachte Gesetz zur Sanierung der Staatsfinanzen enthält einen Artikel, der dem Finanzminister ein Einspruchsrecht für alle Ausgaben einräumt, so daß alle von der Regierung und dem Sejm bewilligten Ausgaben nur durch die Zustimmung durch den Finanzminister bedürfen würden. Dieser Artikel ist in einer Sitzung der vereinigten Finanz-, Budget- und Verwaltungskommission des Sejm beraten worden.

Großfeuer in Moskau. In Moskau ist ein gewaltiges Feuer ausgebrochen. Der Durschauer Bahnhof steht in Flammen. Die Telefonzentrale ist zerstört.

Was ist mit der Einigung?

A. Hoken.

Der Verlauf unseres Parteitages und die Behandlung des Reutischer Antrages haben die U.S.P. und die „Freiheit“ arg veräppelt. Der Reutischer Antrag wollte eine Verschmelzung der beiden Organisationen, die wir zurzeit für undurchführbar halten. Ganz abgesehen von der notorischen Kleinheit der U.S.P. im Freistaate verfügt sie über keine selbständige Organisation, sondern ist ein Bestandteil der deutschen Organisation der U.S.P. Die deutsche Organisation ist aber an das Leipziger Aktionsprogramm gebunden, das die Diktatur des Proletariats fordert. Das sich Demokratie und Diktatur nicht vereinigen lassen, hat der Verlauf des ersten Vereinigungsversuchs zur Genüge bewiesen. Sollten wir uns in diesen Voraussetzungen täuschen, so ist es an der U.S.P., diesen Irrtum zu beseitigen.

Aber in der „Freiheit“ macht die U.S.P. gar nicht den Versuch, zu prüfen, ob eine Vereinigung möglich ist. Weil sie aber in der Sache nichts zu sagen hat, verfährt sie auf ihre alte Manier der persönlichen Anrede. Weil ein Teil unserer Genossen vor dem 9. November 1918 noch keine anerkannten Größen waren, sollen sie auf dem Parteitage nicht reden dürfen. Wir sind erfreut, daß die Entwicklung der Partei neue Kämpfer zuführt und machen das Recht der freien Meinungsäußerung nicht von der Jahresklasse des Mitgliedsbuches abhängig. Auch darin tritt die „Freiheit“, daß ich Material sammle, um den Genossen Wohl zu stützen. Die von dem Genossen Schwöder von mir erbetenen Zeitungen liegen sehr liberlich in meinem Archiv, nicht um die darin enthaltenen Angriffe gegen Wohl zu verwenden, sondern als Beweis, mit welchen feindlichen Mitteln die U.S.P. die Arbeiterbewegung ausbauen will. Der Genosse Wohl hat selten so herzlich gelacht, wie beim Durchlesen des Schwöder'schen Artikels.

Sollten wir zurzeit eine Vereinigung der beiden Parteien im Freistaate nicht für opportun, so ist doch für die Arbeiterbewegung schon viel gewonnen, wenn die gegenseitige Bekämpfung eingestellt wird. Der Parteitag hat sich einmütig in diesem Sinne ausgesprochen, hat darüber hinaus den Weg gezeichnet zur parlamentarischen Kampfgenossenschaft. Keinen Zweifel hat der Parteitag daran gelassen, daß eine solche Kampfgenossenschaft nur fruchtbringend sein kann, wenn sie beiderseitig von dem ehrlichen Willen getragen wird, das Beste für die Arbeiterchaft zu schaffen. Bisher waren die Unabhängigen darin recht unsichere Konstanten. Ihre Aktionen entsprangen weniger der Sorge um die Arbeiterchaft, als der Sorge um das Wohl der U.S.P.-Organisation. Wenn das in letzter Zeit besser geworden und sich die U.S.P. von dem Schielen nach den Kommunisten befreit hat, so begrüßen wir diese Entwicklung besonders, weil wir darin den Weg sehen, der unleidigen Herrschaft in der politischen Arbeiterbewegung Herr zu werden.

Auch die Kommunisten sind mit dem Parteitag und unserm Aufruf nicht zufrieden, aber es ist kein Wunder, denn wären die Kommunisten mit uns zufrieden, dann hätten wir alle Ursache, uns zu fragen, welchen Fehler wir begangen hätten. Wir sind an praktische Arbeit gewöhnt und verabsäumen nicht an Praktiken. Aus diesem Grunde konnte der Parteitag praktische Aufbauarbeit leisten und brauchte nicht erst festzustellen, daß es uns schlecht geht. Das sparen wir täglich an eigenen Reibe und wenden alle Mittel an, um die Not von der Arbeiterchaft abzuwenden. Täglich stehen die Gewerkschaften im Kampfe für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, und unsere Genossen stehen dort ihren Mann. Wir sind es nicht gewohnt, in haltenlangen Artikeln den Feind auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten, mit der Faust in der Tasche zu stehen, um dann schließlich vor der Unmöglichkeit der Durchführung solcher Arbeit inszenierter Bewegungen zu stehen. Mit Freunden ist es zu begreifen, daß die gesamte Arbeiterchaft sich einig ist, alles daran zu setzen, ihre Lebenshaltung zu verbessern. Dazu braucht sie nicht die Führung der Kommunisten.

Wo im Parlament den Forderungen der arbeitenden Bevölkerung Nachdruck verliehen werden kann, da setzen unsere Abgeordneten alles daran, dies zu tun. Mehr können auch die Kommunisten nicht erreichen. Wo sich eine Sache durch ein gemeinsames Vorgehen der drei sozialistischen Parteien verbessern läßt, haben unsere Abgeordneten niemals verlagert.

Andere gesetzliche Mittel stehen aber der Arbeiter-schaft nicht zur Verfügung, wir nehmen auch nicht an, daß die Kommunisten, ähnlich wie in Berlin, Putsche organisieren wollen, um die Arbeiterbesten zu allererst auch noch dem Polizeiblitel anzulieferen. Davon können sie in Dantsig ruhig die Finger lassen, dafür sorgt bei uns der Senat. Das Glend steigt in Dantsig täglich, und wenn es sich dann in Bergweissungsausbrüchen Luft schafft, dann wäre es Unsinn, dem Senat die Handhabe zu geben, die Verantwortung auf die Arbeiterbewegung abzuwälzen.

Aber die Kommunisten wollen trotz des vielen Geschrei keine Einigung. Ihnen liegt ja nichts an dem Wohl der Arbeiterschaft, sondern sie wollen die Gelegenheit benutzen, für ihre Organisation zu werben. Das ist ihr gutes Recht. Dann sollen sie es aber ruhig sagen und sich nicht hinter dem Geschrei von Einigung verstecken, an der sie in Wirklichkeit gar nicht denken.

Unter allen Umständen zahlen.

Der französische Handelskammerstag, der seit Sonntag in Paris tagt, hat in einer Entschließung sich auch mit der Finanzlage Deutschlands beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich auf der Frist zur Ausführung des Friedensvertrages von Versailles angesichts der finanziellen Lasten Frankreichs bestehen müsse. Man müsse sofort die Kontrolle über die Steuern und die Eisenbahntarife fordern, die stets in Golddollars oder zu einem Kurse berechnet werden müßten, der dem Frankreichs, Englands und Italiens gleichkomme.

Die bürgerlichen Parteien nutzen ihre Macht aus.

In der Stadtverordnetenversammlung in Berlin wurden zu Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertretern Fabian (Dnalk.), Oskar Meyer (Dem.) und Schwarz (D.P.) gewählt. Auch zu Beisitzern und deren Stellvertretern wurden nur Vertreter der bürgerlichen Parteien gewählt. Hieraus ergab sich die Magistratsvorlage über die Erhöhung der Gehälter für die Beamten und Festangestellten zur Beratung. Hierbei kam es zu Äußerungen auf der Tribüne, so daß der Vorsitzende nach wiederholten Aufforderungen zur Ruhe schließlich die Tribüne räumen ließ. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, ebenso die Vorlage auf Bereitstellung von neun Millionen Mark für Winterunterstützung für die minderbemittelte Bevölkerung.

Streik der Ungeheften auch in Berlin?

Eine Volksversammlung der Angestellten der Berliner städtischen Betriebe, auf der die Ablehnung der letzten Einigungsvorschläge der Gewerkschaften durch den Magistrat bekanntgegeben wurde, hat beschlossen, sofort eine Urabstimmung über die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels vorzunehmen.

Polnische Vergewaltigungen.

Zwei Vorgänge in den früher preussischen Provinzen Posen und Westpreußen müssen jeden Deutschen mit Entrüstung erfüllen, nämlich die Entrechtung der Deutschen bei den Wahlen und die Vertreibung von Anwohnern aus ihren Häusern. In Posen finden zurzeit die Gemeinde- und Kreiswahlwahlen statt. Das Ministerium für die ehemaligen preussischen Gebiete hat verfügt, daß die Wahlkandidaten der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein müssen. Aus diesem Grunde treten allerorts die polnischen Wahlauschüsse den deutschen Kandidaten gegenüber als Prüfungskommissionen auf, lassen zahlreiche deutsche Kandidaten durchfallen und veranlassen ihre Streichung aus den Wählerlisten. Ein besonders trauriger Fall liegt in dem fast ausschließlich von Deutschen bewohnten Reichsfeldort Schultze vor, wo zwei deutsche Kandidaten durchfielen und damit die ganze deutsche Liste gestrichen wurde. Durch die polnische Verfügung ist den Deutschen nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht unmöglich gemacht. Die deutschen Abgeordneten im Sejm (Landtag) haben gegen dies unerhörte Verfahren Protest erhoben.

Der zweite Akt brutaler Gewalt ist die Räumung von Ansiedlungen, die zahlreichen deutschen Ansiedlern jetzt kurz vor Eintritt des Winters aufgetragen wurde. In kürzester Frist sollen sie das Anwesen räumen und dürfen vielfach sogar nicht einmal ihr Inventar mitnehmen. Der Räumungsbefehl zum 1. Dezember ist nicht bloß an reichsdeutsche, sondern auch an polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität ergangen. In Bromberg beschlossen daher die versammelten Anwohner einstimmig, eine Abordnung zum Ministerpräsidenten nach Warschau zu senden, um eine Aufhebung oder doch wenigstens eine Milderung der Verfügung zu erwirken. Hat dieser Schritt keinen Erfolg, so werden zahlreiche fleißige deutsche Anwohner dem Hunger und der Kälte preisgegeben. Polen gibt uns damit einen Vorgeschmack, in welchem Geiste es die Zusammenarbeit in Oberschlesien durchzuführen gedenkt.

Von der 2. Internationale.

Der Vollzugsausschuss der zweiten Internationale, der unter dem Vorsitz Vandervelders in Brüssel zusammengetreten ist, hat einen Beschluß gefasst, wonach eine internationale Sozialistenkonferenz einberufen werden wird, um die Einheit der Internationale wiederherzustellen und an der Abrüstung Europas und der Befestigung des Friedens zu arbeiten. Der Ausschuss beschäftigt sich ferner mit der Lage in Georgien.

Weiter sprach er sich mit Nachdruck gegen ein neues Anrecht an die Volksgewalt in der Angelegenheit der Hilfeleistung für die Hungernden in Rußland aus. Die zweite Internationale wolle gern an der Hilfsaktion mitarbeiten, jedoch nur gemeinsam mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Die englischen Industriellen zu den Reparationsfragen.

In einer Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes der britischen Industriellen heißt es über die Behandlung der Frage der deutschen Reparationen, daß der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt undurchführbar sei und daß jeder Versuch, sie mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen müsse. Auf die jetzige Weise werde es schwierig sein, irgendeine Entschädigung von Deutschland zu erlangen. Wir stimmen darin vollkommen überein, daß Deutschland bis zum Maße seiner Fähigkeit zahlen solle. Wir sind jedoch der Ansicht, daß, um unserer Industrie den geringstmöglichen Schaden zuzufügen, die künftigen Reparationen neue Vereinbarungen suchen sollten, die Bedingungen in verschiedenen Richtungen abzuändern und wenn möglich, sogar bereit sein sollten, unter Berücksichtigung der Annahme dieser Abänderungen durch Deutschland, die Last zu erleichtern, die Deutschland auferlegt würde. Am Schluss der Denkschrift heißt es: Wir haben es nicht für notwendig gehalten, in dieser Denkschrift die eingehende Ausarbeitung der Vorschläge zu bezeichnen, die wir unterbreiten. Wir fordern daher die britische Regierung dringend auf, unsere Vorschläge in ernste und dringende Erwägung zu ziehen.

Verhärfung des russisch-rumänischen Konflikts.

In den rumänisch-russischen Beziehungen ist, wie der Korrespondent des Ost-Express aus sicherer Quelle erzählt, eine Verschärfung eingetreten, die noch wesentlich akuter ist, als aus dem letzten schroffen Notenwechsel hervorging. Die Sowjetregierung glaubt nämlich, gewichtige Gründe zu haben, mit eventuellen kriegerischen Absichten Rumänien zu rechnen zu müssen. Es ist bisher geheim geblieben, daß bei den gegenwärtig unterbrochenen Verhandlungen zwischen dem Warschauer Sowjetgesandten Karachan und dem rumänischen Unterhändler Filaliti über die Tagesordnung einer etwaigen Friedenskonferenz die rumänische Regierung es kategorisch abgelehnt hat, die von Karachan gewünschte gegenseitige Neutralitätserklärung abzugeben, selbst in dem Falle, wenn ein Friedensvertrag zustande käme. Diese Ablehnung läßt die Sowjetregierung um so mehr an kriegerische Absichten Rumänien glauben, als in allen anderen wesentlichen Fragen kein Einvernehmen zwischen Karachan und Filaliti erzielt werden konnte. Nachdem Filaliti es abgelehnt hatte, die beharrliche Frage auf das Programm der Friedenskonferenz zu setzen, war Karachan bereit, die Konferenz auf weniger wichtige Fragen, wie die russischen Donau-Interessen, Handel, Kriegsgefangenen austausch u. a. zu beschränken. Aber auch hierfür stellte Filaliti die Vorbedingung, daß über die Rückgabe des rumänischen Goldschatzes verhandelt werde. Die Sowjetregierung wollte indessen der Verhandlung dieses Punktes nur zustimmen, wenn auf der Konferenz auch die ukrainisch-rumänische Grenzfrage aufgerollt werden könne, was wiederum von Rumänien abgelehnt wurde. Als letzten Kompromißvorschlag regte Karachan an, der künftigen Friedenskonferenz selbst die Festsetzung ihrer Tagesordnung zu überlassen, worauf Filaliti erklärte, keine genügenden Vollmachten zur Annahme dieses Vorschlages zu besitzen. Obgleich durch die Abreise Filalitis die Verhandlungen offiziell nur als „unterbrochen“ gelten, darf man sie als völlig gescheitert betrachten.

Die Entstaatlichung der Industrie in Sowjetrußland.

Der bekannte kommunistische Wirtschaftsexperte Parin schreibt in den Moskauer „Iswestija“, daß die staatlichen Betriebe unmerklich und ohne verpöchtet zu werden, sich dem Wesen nach in Privatbetriebe verwandeln. Das geschehe auf dem Wege der Trustierung von Betriebsgruppen und der selbständigen Wirtschaftsführung, welche den Trusts und einzelnen Betrieben gewährt wird. Die einheitliche Staatswirtschaft zerfällt in eine Reihe von industriellen Einheiten, die ihre Erzeugnisse auf dem freien Markte veräußern, statt sie dem Staat abzuliefern und sich bei der Wahl ihrer Erzeugnisse nicht durch die Staatsinteressen, sondern durch die Marktpreise bestimmen lassen. Darin verlangt, daß der bürgerlichen Ausartung der neuen Wirtschaftspolitik ein Ende gesetzt werde. Auch in einem redaktionellen Artikel nimmt das amtliche Blatt gegen die Trustierung und die Verpöchtung der Staatsbetriebe Stellung, da die Trusts und Privatbetriebe den staatlichen Betrieben die qualifizierten Arbeitskräfte und die Heizmittel zu entziehen drohen. Die Moskauer Bezirkskonferenz der kommunistischen Partei hat indessen nach Vorträgen Lenin und Kamenevs für die Betriebe, die der Staat nicht weiterführen könne, die Verpöchtung an Privatunternehmer nachdrücklich empfohlen.

Die Verfolgung des flüchtigen Bolshewik. Die Polizeibehörde hat auf die Ergreifung des aus dem Hamburger Gefängnis entflohenen Oberleutnants Bolshewik eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland.

Das Internationale Rote Kreuz bittet um Verbreitung folgenden Aufrufs: Es ist in der Erinnerung aller, daß die Konferenz vom 15. Aug. dieses Jahres, welche von der Vereinigten Kommission des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und der Rotkreuzliga um einen Plan für die Hilfsaktion zu Gunsten der Hungernden in Rußland auszuarbeiten und festzustellen zusammenberufen wurde, Dr. Hansen zum Hohen Kommissar der Internationalen Hilfsaktion ernannte.

Der Kommissar begann sofort sein Werk. Nachdem eine Vereinbarung mit den russischen Behörden, welche die Kontrolle der Verteilung garantiert, geschlossen war, begann Hansen die Geldmittel zu sammeln, Lebensmittel einzukaufen und dieselben in die so schwer getroffenen Gegenden überzuführen.

Große freiwillige Organisationen arbeiten schon seit mehreren Wochen unter dem Banner des Hohen Kommissars im Innern Rußlands und verteilen Mahlzeiten ungefähr an 800 000 Kinder. Einige dieser Organisationen, wie z. B. die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe, die Gesellschaft der Freunde, der schwedische, deutsche und andere Rotkreuzvereine haben permanente Missionen hingeschickt, die daselbst an bestimmten Orten für die Bevölkerung die sanitären und Ernährungsbedürfnisse organisieren. Andere, wie z. B. der Internationale Gewerkschaftsbund von Amsterdam haben es vorgezogen, die von ihnen gelieferten Summen dem Hohen Kommissar zu übergeben, der es übernommen hat, die Lebensmittel zu kaufen und zu verteilen. Andere noch senden Missionen, um eine Hilfsendung zu begleiten, die von den Delegierten der Hohen Kommissar verteilt wird.

Der Papst Benedikt XV., der durch das Hohe Kommissariat einen Zug mit Lebensmitteln sendet, hat diese letzte Art erwähnt.

Die vereinigte Kommission hat andererseits ein Internationales Hilfskomitee aus Bevollmächtigten der nationalen Rotkreuzvereine, Regierungen und Privatvereinen bestehend, gegründet. Die Aufgabe dieser Bevollmächtigten besteht in der Propaganda für diese Hilfsaktion in dem betreffenden Lande, ihrer Unterstützung und der Koordination der verschiedenen Hilfsaktionen unter der Leitung des Dr. Hansen. Die kürzlich stattgefundene Versammlung des Völkerbundes und die Internationale Konferenz in Brüssel, welche vom höchsten Rat einberufen wurde, haben die Initiative des Vereinigten Komitees, deren Tätigkeit sich gleichzeitig und in vollem Einverständnis mit der internationalen Aktion der Regierungen entwickelt hat, ihre Anerkennung ausgedrückt. Sie erachtet, die ihr von der am 15. August stattgefundenen Konferenz auftragte Aufgabe erfüllt zu haben. Sie unterhält selbstverständlich enge Gemeinschaft mit dem Hohen Kommissar, dessen Sekretariat sich in Genf (Passage des Lions 5) befindet und welches sich gerne zu Diensten aller Personen, die weitere Auskünfte wünschen mögen, stellt.

Die Vereinigte Kommission erlaubt sich zu erwähnen, daß die Delegierten der Aktion Hansen in Rußland in allen Verleihen die Not ohne gleichen des russischen Volkes bestätigen. Der Aufruf, die feindliche Gesinnung, die noch in der Welt herrscht, zu bekämpfen, den sie vor einigen Monaten hinausgeschickt hat, hat in vielen Herzen Widerklang gefunden. Möge dieser neue Aufruf, den sie heute in die ganze Welt zu Gunsten der Opfer der Hungersnot in Rußland entsendet, von allen erhört werden.

Aus Rußland.

Die „Krasnaja Gaset“ veröffentlicht einen Aufruf der autonomen Tatarenrepublik, wonach 8 Millionen Hungerflüchtlinge sich auf den Bahnhöfen angestaut hätten; zahlreiche Hungernde sterben am Typhus, die Eltern töten in der Verzweiflung ihre Kinder.

In Petersburg eingetroffene deutsche Unternehmer haben Angebote zur Beschaffung von Saatgut und zur Reparatur der Häuser und der Telefonanlagen gemacht. Die Wirtschaftskommission hat sich für die Annahme dieser Angebote ausgesprochen.

Folge der Verzögerung der Reparatur der Eisbrecher mußte der Schiffsverkehr im Petersburger Hafen stillgelegt werden; die Schuldigen sollen zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden.

Kadaw im preussischen Landtag.

Die gestern mittag begonnene Sitzung des preussischen Landtages hat bis heute früh 10 Uhr gedauert. Die Obstruktion der Kommunisten gegen die Weiterberatung der Geschäftsordnung wurde durch 64 namentliche Abstimmungen niedergeknüpft. Schließlich wurde die neue Geschäftsordnung unter großem Lärm der Kommunisten endgültig angenommen. Im Laufe der Sitzung kam es zu stürmischen Auftritten, wobei die Kommunisten den Präsidenten Veinert mit Beschimpfungen überhäufte, die der Präsident unbeachtet ließ. Ein Kommunist warf auf der rechten Seite des Hauses eine Stinkbombe ab, die nicht explodierte. Während der Sitzung wurde mit Trillerpfeifen und Handclaque bedeutender Lärm veranstaltet. Ein kommunistischer Antrag, das Rauchen zu gestatten, wurde abgelehnt. Trotzdem wird entgegen dem Einspruch des Präsidenten von männlichen und weiblichen Kommunisten mit dem Rauchen begonnen. Nach stürmischer Geschäftsordnungsdebatte wird die nächste Sitzung auf heute nachmittag 8 Uhr festgesetzt.

Müßterer dies ein Brief ... an den Prof. Mod. Der Redner verliest den folgenden aufsehenerregenden Brief:

Sehr geehrter Herr Professor!

Jeder Industrielle Führer, von dem man verlangt, daß er Verantwortung und Risiko tragen soll, muß Selbstlosigkeit beanspruchen für alle seine Dispositionen und Durchsührung strenger Disziplin für den ganzen Verwaltungskörper vom Schlosskonstrukteur bis zum Nachwächter berab.

Das Abgeordnete verantwortlicher "Mite" und die Möglichkeit, in Anordnungen der Leitung sich mit einem gewissen Rechtsanspruch einschließen zu können, untergräbt jeden Erfolg und beeinträchtigt Volk und Viebe an der Arbeit beim Unternehmer selbst, was das Allerschwerste für einen Betrieb ist. In dieser Ueberzeugung sind wir gewiß einig. Sie werden aber nicht übersehen wollen, daß diese von Ihnen demagogischen Vorkämpfe seit der Revolution aus den Staatsbetrieben durch die verheerliche Sozialisierung bereits in die Privatbetriebe übergetragen wurden und daß es aller Anstrengung bedürfen wird, um die nicht direkt beteiligten Kreise wecker aufzurufen. In diesen habe ich vielfach noch die Ansicht ausgesprochen, daß immerhin einigebesehrte doch wohl noch in dem Maßgedanken liegt, daß man verhindern solle, auf dem Wege des Ausgleichs das Brauchbare daran herauszufiltern und in eine neue Arbeitsorganisation zu übernehmen.

Die bisherigen Erfahrungen aber sprechen durchaus dagegen. Arbeiter- und Angestelltenvereine sind nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädliche Einrichtungen, die einem verheerlichen Ausbau der Wirtschaft auch selbst da entgegenstehen, wo die Vertreter dieser Ausschüsse persönlich verständig und unmaßstäblich sind. Gerade in solchem Falle hat sich gezeigt, daß Vertreter, die die eigene Unzulänglichkeit erkennen und sich zurückhalten, das Vertrauen ihrer Wähler, die einen dauernden Kampf mit den Unternehmern erhofften, enttäuschen und verlieren.

Ich will keineswegs sagen, daß Ausschüsse und Betriebsräte nicht hier und da den guten Willen zeigen zu vermitteln, auch ungerechtfertigte Ansprüche ihrer Arbeitsgenossen zurückzusetzen. Dieser Umstand wird indessen leicht dort überschätzt, wo man angenommen hat, daß durch die Einrichtung dieser revolutionären Institutionen alsbald ein offener Kampf entfesselt werden würde.

Für viel schlimmer halte ich, daß die in diesen Ausschüssen wirkenden Personen Kenntnis von Dingen und Einfluß auf Maßnahmen der verantwortlichen Leiter erhalten sollen, von deren Bedeutung sie nicht verstehen können. Mangel dieses Verständnisses kommt es dann eben zu allerlei Mißverständnissen — beabsichtigten und unabsichtlichen — die das Vertrauensverhältnis zwischen dem Leiter und seinen Mitarbeitern und damit die Erfolgsmöglichkeiten des ganzen Unternehmens untergraben müssen. Gewiß gehe ich zu, daß die Verhältnisse in der Privatindustrie noch nicht so schlimm liegen wie in den Staatsbetrieben. Man sollte sich aber gerade hier in Danzig nicht verhehlen, was wir in dem neuen Staatswesen in Gefahr bringen, wenn wir den Sozialisierungsversuchen, dem Vorgang im Reich folgend, nachgeben wollen. Wir können und dürfen uns das hier nicht leisten.

Nach dieser Richtung hin für die nächste Zeit ausklärend zu wirken, halte ich für die Aufgabe aller Männer, die von der Ordnung und Führung des Wirtschaftslebens in erster Linie den Bestand der freien Stadt Danzig als solcher glauben voranzutreiben zu müssen.

Ihre freundlichen Wünsche zum bevorstehenden Feste erlaube ich mir Ihnen in gleichem Sinne zu erwidern und verbleibe

Ihr ganz ergebener
a. a. Namtler.

Die Informationen des Senats an die Presse seien unwahr. Er spreche von einigen Streikenden, während 70 Prozent der Angestellten sich im Streik befinden. Als ein Bruch der Verfassung sei es anzusehen, wenn der Senat den Angestellten das Streikrecht abspricht. Erst das Vereinsgesetz mit dem Streikrecht bedeute das Koalitionsrecht. Am 4. August habe der Senat den Angestellten Hilfe versprochen, aber statt den Worten Taten folgen zu lassen, stelle man den Angestellten den Stuhl vor die Tür. Damals habe man die Arbeiterführer als

Verbrecher und Geher

beschimpft. Heute wird der Senat dies nicht wagen. Die Arbeiterkraft habe rechtzeitig die kommende Forderung erkannt. Die Angestellten haben sich dem Ausgleich der Zeu-

zung vom Senat ein halbes Jahr verschleppen lassen. Auch jetzt rede der Senat mit zweierlei Tungen. Trotzdem der Senat gestern erklärt habe, daß keine Kündigung erfolgen würde, habe ein Teil der Angestellten heute die Kündigung schriftlich erhalten, trotzdem der Senat sein Ultimatum in den Zeitungen zurückgezogen habe, prange dasselbe heute abend an allen Straßenecken. Das sei die Praxis der Arbeitgeber und diese müsse der Senat auf Befehl der Namtler, Nos und Carison mitmachen. Wenn der Senat sich etwas weniger als Generalsekretär der Industriellen fühlen wollte, hätte dieser Streik vermieden werden können.

Was verlangen die Streikenden?

Eine Bezahlung der Ueberstunden. Im Wollfabrikamt wurden täglich Ueberstunden gemacht, auch Sonntags wurde gearbeitet und wer sie nicht leisten konnte, wurde schiel angesehen. Dann verlangten die Angestellten einen Schieds-ausschuß. Zum Schlichtungsausschuß habe man kein Vertrauen. Sein früherer Vorsitzender Robatis sei ein Vertreter der Arbeitgeber gewesen, darum habe man ihn auch zum Sekretär des Arbeitgeberverbandes gemacht. Der Redner fragt den Senat, wann endlich der Gesandtenrat über die Berufsvertretung kommen würde. Auch von Arbeiterkammern höre man nichts mehr. Es sei endlich an der Zeit, diese Gesetzesvorlagen einzubringen.

Die Abgeordneten Ruhn und Mayen haben erklärt, daß die Senatoren ihrer Fraktion den Auftrag hätten, für die Forderungen der Angestellten einzutreten. Es waren aber die Senatoren Förster, Jewelowski, Meyer und Strunk, als es galt, für die Angestellten einzutreten? Die Beschlüsse des Senats wurden einstimmig gefaßt. Auf die Senatoren der bürgerlichen Parteien sei also nicht der geringste Verlaß. Und der Herr Senator Senfkleben? Seine Organisation ist in den Streik getreten, ein Senator habe er aber gegen die Interessen seiner Mitglieder gestimmt. Als gestern in der Stadtvorordnetenversammlung über die Entschädigung für die Streikenden abgestimmt wurde, sei der Abgeordnete Klein vom Zentrum den Streikenden in den Rücken gefallen und habe gegen diese Entschädigung gestimmt.

Der Redner erwartet vom Senat, daß er den Forderungen der Streikenden entgegen komme und keine Maßregelungen vornimmt. Den Streikenden spricht er seine volle Sympathie aus und verlangt, daß die Streikbrecher entlassen werden, jene Elemente, die, ohne ein Opfer zu bringen, die Erfolge der Kämpfenden für sich in Anspruch nehmen. Diese Schwarzherz bilden eine Gefahr für die gesamte Verwaltung.

Vizepräsident Nehm wundert sich, daß es zum Streik kam und wehrt sich gegen den Vorwurf der Verschleppungstaktik. Der Senat müsse das Recht haben, die Forderungen der Angestellten zu prüfen. Der Redner hofft, daß durch Verhandlungen mit den Angestellten-Vertretern der Streik bald beendet sei.

Hr. Senfkleben (Dnals.) verteidigt die Streikbrecher. Durch Juruts in die Enge getrieben wirft er dem Genossen den Verteuerung von Äpfeln und Kartoffeln vor. Der Senat könne nicht alle Forderungen der Angestellten bewilligen.

Hr. Mayen (D.P.): Die Angestellten trifft keine Schuld, der Senat hat die Verhandlungen verzögert. Der gute Wille war beim Senat gar nicht da, immer wieder wurden neue Vertreter geschickt, die nicht bevollmächtigt waren, bis den Angestellten der Geduldtsaden gerissen sei.

Hr. Schmitt (A.) wundert sich, daß Senfkleben noch Angestelltenvertreter ist. Er habe nichts für die Angestellten getan, sondern sei nur Geldenpuffer für die Wohngarrier. Dadurch sei er auch nur in den Senat gekommen, um er dieselbe Rolle fortzuleben. Die Verschlechterung in den Angestelltenorganisationen habe es ermöglicht, daß der Senat die Angestellten an der Nase herum ziehen konnte. Die Streikbrecher zu loben, liege keine Veranlassung vor. Der größte Schutz sei der, welcher seinen Kollegen im Kampf in den Rücken fällt.

Der Hr. Rahn tritt für das Koalitionsrecht der Beamten ein. In Deutschland, aus dessen Verfassung unsere Verfassung abgeleitet ist, habe das Koalitionsrecht einstimmig beschlossen nach den Protokollen der Verfassungsgebenden Versammlung das Vereinsgesetzrecht das Streikrecht in sich.

Persönlich bemerkt der Hr. Lew, daß er niemals mit Äpfeln gehandelt habe. Für Kartoffeln habe er niemals 120 Mark gefordert. Von einem Deutschenationalen seien ihm Kartoffeln mit 110 Mark angeboten. Den Verkauf habe er abgelehnt. Der höchste Preis war im Frühjahr 85 Mark bei 250 Mark Verdienst pro Zentner und im Herbst 65 Mark pro Zentner. Damit seien hoffentlich alle Märchen aus der Welt geschafft.

Nach einigen verbällischen Bemerkungen der Hr. Senfkleben und Rahn schließt die Debatte. Die Gesetzesvorlage wurde in 2. und 3. Lesung angenommen.

Von der sozialdemokratischen Fraktion, unterstützt von der U.P. und Kommunisten, ist folgende Entschlüsselung eingelaufen:

- „Der Volkstag beschließt, den Senat zu ersuchen:
1. Die Differenzen mit den Senatsangestellten durch Anerkennung derer Forderungen beizulegen.
2. Bei wirtschaftlichen Differenzen mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern strengstens das verfassungsmäßige Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zu achten und Anknüpfungen, in denen Entlassungen oder irgendwelche Nachteile für die Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel angedroht sind, zu unterlassen.“

Es wird namentliche Abstimmung beantragt, um die Forderungen der Angestellten festzustellen. Das Haus ist beschluß-unfähig und verlagert sich auf Donnerstag nachmittags 8 Uhr.

Volkswirtschaftliches.

Die Krise auf dem englischen Kohlenmarkt. Die Konkurrenz des Erdöls als einem besonders wirtschaftlichen Betriebsstoff macht sich auf dem englischen Kohlenmarkt besonders stark bemerkbar. Der Kohlenverbrauch ist im Lande selbst um 20 Millionen Tonnen zurückgegangen, weil die gesamte Kriegsflotte und ein großer Teil der Handelsflotte jetzt mit Öl beheizt werden. Auch industrielle und Verkehrsbetriebe haben während des letzten großen Kohlenarbeiterstreiks sich veranlaßt gesehen, ihre Betriebskraft durch Dieselmotoren oder Dieselmotoren zu gewinnen. Die Folge ist ein Ueberangebot an Kohlen und ständig sinkende Preise, die auch auf die Arbeiterlöhne rückwirken.

Einkaufsgenossenschaft der russischen Staatspräsidenten. In Petersburg hat sich eine Einkaufsgenossenschaft der Pächter der Staatsbetriebe gebildet zwecks Versorgung der Betriebe mit Roh- und Halbmaterialeen, Maschinen und dergl.

Aus aller Welt.

Sechs Dollar als Abfertigung für die geschiedene Frau. Das Zivilgericht sprach kürzlich eine Entscheidung zwischen einem in Wien Wohnenden und seiner in Buenos Aires wohnhaften Frau aus. Auf die Forderung des Vaters der Frau nach Alimentation sagte der Richter: „Da müßte der Mann ja Millionen bezahlen, wenn er in brasilianischer Währung bezahlen müßte.“ Schließlich kam ein Ausgleich zustande, wonach der Mann ein für allemal — sechs Dollar bezahlt, eine Summe, die in Buenos Aires nur Hohngeldsäter auslösen würde, hier aber immerhin 40000 Kronen ausmacht.

Schneesturm in Norwegen. Hier herrscht seit einigen Tagen ein heftiger Schneesturm. Der Schnee liegt zurzeit zwei Meter hoch. Zahlreiche Verkehrsstörungen sind eingetreten. In vielen Stellen sind Telefon- und Telegraphenleitungen eingetreten.

Schiffsbrand auf hoher See. Aus Valencia (Spanien) wird gemeldet: An Bord des amerikanischen Dampfers San Francisco ist auf hoher See ein Brand ausgebrochen. Der Dampfer führte Zwischeln für New York. Er wird als verloren betrachtet. Das Schicksal seiner Besatzung ist unbekannt.

Brand auf Kriegsschiffen. Auf dem österreichischen Panzerkreuzer „Prinz Eugen“, auf dem zurzeit Einrichtungen für den demnächst stattfindenden Torpedierungsversuch angebracht werden, ist ein Brand ausgebrochen. Die unteren Räume des Schiffes mußten unter Wasser gesetzt werden. Die Löscharbeiten dauerten sechs Stunden. Ein ähnlicher Brand war schon vor einiger Zeit auf dem „Prinz Eugen“ ausgebrochen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Hitzewelle in Amerika. Der Korrespondent des „Intransigent“ schreibt, daß gegenwärtig in Washington eine ungewöhnliche Hitze herrscht; man glaubt, daß man sich im Juni befinde.

Danziger Mennoniten in der Ukraine.
III.

Die Vorboden des Winters stellten sich ein, die Ansiedler waren alle ihrem Verderben entgegengegangen, wenn nicht endlich die Regierung Mittel mit ihnen gehabt hätte. Ein Teil der Ansiedler wurde für den Winter in einem Dorfe bei Jaskaterinoslow einquartiert, der andere fand in der damals noch bewohnten Fehlung bei der Kreisstadt Alexandrowss ein Unterkommen.

Im Frühjahre 1700 kam von der russischen Regierung der erste Befehl, ohne Verzögerung zur Anlegung der Dörfer zu scheitern und es entstanden in diesem Jahre die ersten acht Dörfer Choritz, Rosental, Insel Choritz, Untlage, Kronenweide, Neuenburg, Nenen-dorf und Schönvorst. Es sollte weitergebaut werden, es fehlte aber überall am Notwendigsten dazu: am Weide; die verprochenen Unterstützungsgelder liefen in sehr kleinen Summen ein. In abgetragener Mittel, die Büsche mit Lampen umwickelt, gingen die meisten ihrer Neuschulung nach. Als der kirchlichste die erste Landhandlung vollziehen wollte, befaß auch er weder Schuhe noch Zettel; drei etwas besser gestellte Ansiedler vereinigten sich zur Anschaffung eines Paars Schuhe für ihn, wobei der eine der Deputierten selbst den Schnitzer machte.

Als Schullokal wurde in der ersten Zeit die Wohnstube des Lebrers benutzt und halt Landarten, Anlehnungsmittel und dergleichen schickten allerlei Hausgeräte oder Werkzeuge die Hände. Die Unterrichtsprache war „Plattdeutsch“. Erst als einem Jo-

hann v. Bradel die Verwaltung der Mennonitenkolonien übertragen wurde, begann ein neuer Wind über die Felder der Armut zu wehen; seinem energischen Handeln verdankten die Kolonisten nicht nur die Verlängerung der zuerst gewährten Freijahre um fernere zehn Jahre, sondern auch die Auszahlung einer größeren Vorkehrungssumme zu einer Zeit, wo niemand mehr auf Unterstützung gerechnet hatte; aber eine entscheidende Abnahme der wirtschaftlichen Bedrängnisse erfolgte erst durch die Gründung eines „Vormund-schaftskontors für ausländische Ansiedler“. Dasselbe legte den ersten Grundstein zu dem nach und nach sich entwickelnden Wohlstande. Viehzucht wurde eingeführt, gemeinschaftliche Pflanzenschulen wurden angelegt, Selbstzucht wurde betrieben usw.

In Jahre 1707 trafen 118 Familien aus Preußen ein, welche eigene Dörfer gründeten; in den Jahren 1803 und 1804 kam ein Trupp wohlhabender, sogar reicher Einwanderer an, welche an dem Flüßchen Moltschna im Taurischen Gouvernement angesiedelt wurden.

In bezug auf die Gemeindeverwaltung nahmen die Mennoniten bis zum Jahre 1871 eine vollständige Sonderstellung ein, erst dann erfolgte die Unterordnung unter das Ministerium des Innern und die Einführung der allgemeinen Verwaltungsregeln in Russland; auch die Mennonitenschulen waren seit dem Jahre 1881 dem Ministerium der Volksaufklärung untergeordnet.

Als neue Milten am Erwerbszweige der Kolonisten waren Industrie und Handel zu verzeichnen. Mit dem Jahre 1880 begann die Maschinenindustrie. Die erste Fabrik wurde von einem mittellosen Uhr-

macher gegründet, noch bei Ausbruch des Weltkrieges bestand seine Schöpfung und in drei Fabriken wurden etwa 800 Arbeiter beschäftigt. Außer diesen drei Fabriken entstanden noch eine große Anzahl anderer solcher Werke und nicht nur die Kolonisten, sondern auch die russischen Gutbesitzer und der russische Bauer von weit und breit holten ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten fast reißlos aus den deutschen Kolonien.

Zahlreiche auf das modernste eingerichtete Dampf-mühlen mennonitischer Eigentümer verarbeiteten einen ansehnlichen Teil des Kornes und verschickten das Mehl nach den verschiedensten Richtungen, sogar nach Amerika.

Außer der in jedem Dorfe befindlichen Dorfschule, welche zwei- bis neunklassig waren, gab es noch in größeren Ortschaften Zentralschulen zur Ausbildung von Lehrern für die Dorfschulen, Fortbildungsschulen, Vereinskassen und Mädchenschulen.

An sonstigen Anstalten waren vor Ausbruch des Krieges noch besonders hervorzuheben: Taubstummenanstalten, modern eingerichtete Krankenhäuser, Diakonissenheime, Altenheime, Irrenanstalten usw.

Von ihren nichtmennonitischen Nachbarn, den russischen Bauern, die infolge ihrer elenden Agrarverfassung und ihrer kulturellen Rückständigkeit verkommen, während die Mennoniten zu Wohlstand gelangten, wurden sie deshalb auch von ihnen mehr beneidet und gehaßt als geachtet.

Heute — nach den Revolutionen in Russland — sind viele der vor dem Kriege blühenden und wohlhabenden mennonitischen Dörfer und Güter nur noch Trümmer- und Aschelanteu. J. Schlichting.

Der Ungeheuerstreik beendet.

Ein Versammlung der Streikenden im Josephshaus nahm gestern Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen...

Ein Liter Milch 8,30 Mark.

Die Milchpreise in Danzig, welche im Laufe des letzten Sommers in verschiedenen Gegenden der Stadt in ungleichmächtiger und sprunghafter Weise in die Höhe gingen...

Erfolgreiche Lohnbewegungen.

Zwischen dem Allgemeinen Arbeitgeber-Verband und dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verband ist für die Danziger Kattowitzer Eisenhandlung, Schmelzwerk, folgender Lohnvertrag abgeschlossen...

Schadenersatz auf Grund des Tumultschadengesetzes.

Ueber einen Anspruch an die Stadtgemeinde Danzig auf Grund des Tumultschadengesetzes vom 11. 8. 1850 hatte der Zivilsenat des Obergerichts eine Entscheidung zu treffen...

Tanzabend Lucy Kesselhaken. Von der geschäftlichen Leitung der Passionsspiele (Walbow) ist für Sonntag abend eine Vorstellung angekündigt worden...

Der Autobusverkehr auf den Linien Danzig-Boppo und Danzig-Heubude wird vom 25. November ab bis auf weiteres eingestellt.

Die neuerbaute Eisenbahnlinie Koloschen-Obinagen hat dieser Tage den Betrieb aufgenommen. Die Strecke ist 28 Kilometer lang und hat die Stationen Groß-Kasch und Sflowa.

Junglokalitäten.

Am Dienstag, den 22. November 1921, sprach Dr. Grosse Willibald Fischer über das Thema „Opnoie, Suggestion und Verwandtes“...

An den interessantesten und lehrreichsten Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Auf die zahlreichen Anfragen, die aus dem Kreise der Zuhörer kamen, gab Referent erschöpfende Auskunft.

Der Tag der nächsten Zusammenkunft der Junglokalitäten, die im Laufe der nächsten Woche stattfindet, wird in der „Volksstimme“ bekanntgemacht.

Gegen die Preissteigerung. Die Verbraucher-Kammer beklagt sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Auswirkungen der Wertschwankungen auf die Preisbildung...

Die Verbraucher-Kammer beklagt es, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es ermbäligen, die sog. Zwangswirtschaft immer mehr einzuführen. Sie ist aber ebenso sehr überreut, daß die Verhältnisse während des Krieges und nachher die Zwangswirtschaft notwendig machten...

Die Verbraucher-Kammer ersucht deshalb den Senat und Volksrat, mit größter Beschleunigung für Kartoffeln und Zucker der Inlandszeugung Höchstpreise einzuführen...

Gerettete Seelente. Der sinnliche Segler „Hünström“ sollte durch den Schlepper „Beischel“ von Sitta auf Gotland nach Wolgast geschleppt werden...

Ein gutes Autogeschäft. Der Sattlermeister Joh. Sch. in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Betruges zu verantworten. Er kaufte von einem Gutbesitzer in Weikast ein Auto für 2740 Mark...

Der Ans.verein beabsichtigt, im Januar 1922 eine große Veranstaltung, verbunden mit einer Ausstellung, in folgendem Rahmen: 1. Professor Dr. G. Schme, Vortrag mit Lichtbildern „Künstlerische Schrift“...

Aus der Post entlassen wurde der Bandit Metzburger aus Hantenhof, der unter dem Verdacht seinen Sohn und seine Schwägerin ermordet zu haben, verhaftet worden war...

Stadttheater Danzig. Eingetretener Hindernisse halber kann die Erstaufführung von „Fana Polens“ am Sonnabend nicht stattfinden. Es gelangt dafür bei ermäßigten Preisen „Samell“ zur Aufführung...

Statistik vom 22. November 1921. Todesfälle. Witwe Vertha Quack geb. Friedrich 71 J. 10 Mon. - Schuhmacher Franz Gerick 66 J. 10 Mon. - Invalide Julius Krebs 77 J. 8. Mon. - E. d. Mechaniker Johannes Walder 2 Woch. - Aufwärterin - Fraue J. - Arbeiter Georg Th. 81 J. 7. Mon. - Unehel. 1 Sohn.

Volkenberg. Zum ersten Male bei uns oben, spielte in Rabelburg „Dummler“ den „Gegenwartigen“...

Dann kräft er los. Eine Stimme wie Fettpapier, wenn denkt: Herz halt Rand! Er baut die Schall eines kleinen aber selten und selten Samarobers. Er gebraucht die Mittel eines Virtuosen und hat die Kenntnisse des besten Psychologen...

Aus dem Osten.

Die Danziger Redakteure haben auf ihrer Fahrt durch Polen auch der Stadt Biely, die früher zu Oesterreichisch-Schlesien gehörte und trotz ihres deutschen Charakters den Polen ausgeliefert wurde...

Den Danziger Gästen zum Gruß. Ueber Einladung des polnischen Ministeriums des Innern haben Danziger Journalisten eine Delegation nach Warschau angetreten...

In wirtschaftlich schweren Zeiten besuchen die Danziger Journalisten unsere Stadt. Viele Fabriken stehen still, tausende Arbeiter sind ohne ausreichenden Verdienst, viele - und täglich werden ihrer mehr - sind vollkommen arbeitslos...

Doch noch auf einen Umstand wollen wir ihre Aufmerksamkeit lenken. Die Danziger Journalisten stammen aus einer Stadt mit überwiegend deutscher Bevölkerung und treffen hier eine Stadt gleichen Charakters an...

Nur unsere Arbeiterschaft ist frei von nationalem Chauvinismus. Der deutsche und der polnische Arbeiter kämpfen gemeinsam um ihre Existenz. In besonderen politischen Verbänden organisiert, wird doch keine Aktion ohne gegenseitiges Einverständnis unternommen...

Auslieferung in Pommern. Der Allgemeine Arbeiterbund für Pommern sowie Stadt- und Landrat Bromberg ist jetzt dabei, 25 000 Arbeiter auf Pfahle zu werfen. Am 11. November hat der Schlichtungsausschuß für Bromberg, Graubenz und Thoen einen Schlichtungsbescheid...

Schulverhältnisse in Pommern. Nach einer Veröffentlichung der Zeitschrift „Diland“ gab es im vorigen Jahre in Pommern 1086 Schulen, darunter 1182 polnische und 484 deutsche, in Posen 2982, davon 1941 polnische und 1041 deutsche. Schulkinder waren in Pommern 180 000 vorhanden, davon waren 129 000 polnisch und 50 000 deutsch. In Posen waren von 840 000 Kindern 300 000 polnisch und 50 000 deutsch. In Pommern unterrichteten 1916 Lehrer, es fehlten 1116. In Posen waren 4056 Lehrer tätig und 1820 Lehrlinge. Danach kamen auf eine Lehrkraft im Durchschnitt rund 90 Kinder.

Sozialdemokratie und das Memelland. Von der litauischen Telegraphenagentur wurde eine Nachricht über eine Unterredung verbreitet, die mit den Vertretern der Memeler und der litauischen sozialdemokratischen Partei stattfand. Darin wird behauptet, daß die Memeler Sozialdemokraten nichts gegen eine Angliederung ihres Gebietes an Litauen einzusetzen hätten, sofern ihnen gewisse politische Rechte eingeräumt würden. In dieser Verbindung erklärt die Sozialdemokratische Partei des Memellandes eine Erklärung, in der es heißt:

Beauftragte und Vertreter der Sozialdemokratischen Partei des Memellandes haben schon sehr oft Unterredungen mit Sozialdemokraten anderer Länder gehabt. So z. B. mit englischen Genossen, mit englischen, Schweizer u. a. m. und haben selbstverständlich auch Unterredungen mit litauischen Sozialdemokraten stattgefunden. Bei diesen Unterredungen haben die Vertreter der memelländischen Parteiorganisation stets den Standpunkt vertreten, wie er aus den unteren im September 1919 bzw. Februar 1920 als Programm im Aufgeheft worden ist. Dieser Programm ist bis heute nicht abgeändert und ist jedes Parteiglied verpflichtet, im Sinne des Programms zu arbeiten. Aus dieser Erklärung der Memeler Sozialdemokraten geht hervor, daß die litauische Telegraphenagentur wahrheitsgemäß in bestimmter Absicht über die stattgefundene Unterredung eine schiefe Darstellung gegeben hat.

Verfammlungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
 4. Bezirk (Schbild). Am Donnerstag, den 24. Nov., abends 8 1/2 Uhr, bei Steppuhn, Kartäuser Straße, Bezirksversammlung. 1. Bericht vom Parteitag; 2. Jugendfragen; 3. Winterzeit. Gen. Sekret. Zahlreiche Besuch wird erwartet.
 5. Bezirk (Langfuhr). Diskutierabend Donnerstag, den 24. November beim Genossen Schmidt, Altkauer Weg 52.
 6. Bezirk (Niederstadt, Speicherinsel, Rasipab). Am Donnerstag, den 24. Nov., abends 7 Uhr, im Jugendheim, Weidengasse 2, Zimmer 81, Lichtbildvortrag „Eine Reise ins Weltall“ vom Gen. Ewert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Deutscher Metzgerarbeiterverband.
 Selbsterziehung. Freitag, den 26. Nov., 4 Uhr. Devellusplatz 1/2. Branchenversammlung.
 Autoschleifer und Dreher. Donnerstag, den 24. Nov., 6 1/2 Uhr, im Bureau Devellusplatz 1/2, Zimmer 82. Branchenversammlung.
 Danziger Werk. Donnerstag, den 24. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Schmiede.
 Vorstehende Versammlungen sind nur für Mitglieder bestimmt.
 Schlägerwerk. Freitag, den 25. Nov., 5 Uhr, bei Schmiede.
 Klempner und Installateure. Sonnabend, 26. Nov., 6 1/2 Uhr, Maurerherberge, Branchenversammlung.
 Klempner und Installateure. Freitag, den 25. Nov., 6 Uhr, bei Reimann, Fischmarkt, Branchenversammlung.
 Arbeiter-Bildungsanstalt. Am Donnerstag, den 24. Nov., abends 7 Uhr, im Vortragssaal der Gewerkschaften, Devellusplatz 1/2. 6. Vortragabend: „Reisen und Geschichte der Religion“. Der Redner spricht über religiöse Fragen der Gegenwart. Karten a 1 Mark sind an der Kasse zu haben.
 Ringergruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Heute, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Helm (Stadtturm): Sing- und Spielabend.
 Verein Arbeiter-Jugend Chra. Donnerstag, den 24. November, abends 7 Uhr: Vortragsabend des Genossen Post.
Heutiger Devisenstand in Danzig.
 Deutsche Mark: (Ausgl. —) 7,85 am Vortage 7,85
 Dollar: 276—77 „ „ 276
 Engl. Pfund: 1110 „ „ 1110
 Franz. Franks: 19,65 „ „ 19,60
 Schweiz. Franks: 52,70 „ „ 51,80
 (597)

Gosda's Gekachelter
 (garantiert rein)
 für Qualitäts-Schnupfer.
 Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähnergasse 5.
Wasserstandsberichte am 24. November 1921.
 22. 12. 23. 11.

Zowidost . . .	+1,23	+1,08	Montaurpöhe . . .	-0,05	-0,09
Danzig . . .	+1,07	+1,15	Pieckel . . .	-0,07	-0,18
Ploch . . .	+0,81	+0,51	Dirschau . . .	-0,09	-0,15
	23. 11.	24. 11.	Einlage . . .	+2,02	+1,96
Thorn . . .	+0,20	+0,13	Schömenhorst . . .	+2,84	+2,20
Forbon . . .	+0,06	+0,12	Schöna D. P. . .	+6,54	+6,58
Quim . . .	-0,13	-0,16	Galgenberg D. P. . .	+4,76	+4,76
Graubenz . . .	+0,05	+0,02	Neuhorsterbusch . . .	+2,06	+2,08
Kurzbrack . . .	+0,42	+0,36	Anwachs . . .	-0,88	-0,78

 Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Franz Adomat, Chra; für Inzerate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Verordnung
 über Änderung des Höchstpreises für Butter.
 § 1.
 In Abänderung des § 2 der Verordnung vom 14. Oktober 1921 betr. Höchstpreis für Butter und Verbot der Käseherstellung (G. Bl. 201) wird der Kleinverkaufs-Höchstpreis für Butter auf Mk. 28.— für 1 Pfund festgesetzt.
 § 2.
 Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
 Danzig, den 15. November 1921.
 Der Senat der Freien Stadt Danzig.
 Ernährungsamt. (5806)

Stadttheater Danzig.

Die Hermannschlacht
 Drama in 5 Akten (10 Bildern) von Heinrich v. Kleist. Arbeit und in Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Dierz. Inspektion: Emil Werner.
 Sonen wie bekannt. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. Zum Besten der Lungenhilfskassen „Tiefenland“-Rustküche.
 Samstag, abends 6 1/2 Uhr: Dauerkarten B 1. Ermäßigte Preise. „Samlet.“ Erzählung.
 Sonntag, vormittags 11 Uhr: Neuzeit (musikalische) Vortragsfeier. Professor Heinrich Kleiser, Dresden (Solo).
 Montag, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigte Preise. Zum letzten Male! „Der Bestler aus Dingsda.“
 Dienstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit! Zum letzten Male! „Die Ballerina des Königs“.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Neumann.
 Heute, Donnerstag, d. 24. Novbr., abends 8 Uhr
Wohltätigkeits-Konzert
 Morgen, Freitag, d. 25. November:
 Nur einmaliges Gastspiel
 Max Fallenberg aus Berlin
 „Familie Schimek“
 Schwank in 3 Akten von O. Kadelburg.
 Vorverkauf im Warenhaus Gehr. Freytag, Kohlenmarkt, bis 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5810)

„Libelle“

täglich: Musik, Gesang, Tanz
Sporthalle
 Dr. Allee DIELE Telef. 706
 Inhaber: Reinhard Bahlig
 Täglich 4 1/2 Uhr nachmittags
KUNSTLER-KONZERT
 Emil Wehmann, Repräsentant
 Künstlerkapelle Herbert · Schrammeln
 Moca. Kein Wetzwang. Echte Biere

Sonntag, den 27. November, 7 1/2 Uhr
 Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus
Tanz-Abend
 Lucy 55761
KISELHAUSEN
 Neues Programm!
 Karten von Mk. 7.20 bis 30.— in der Buchhandlung
 John & Rosenburg, Kohlenmarkt 13.

NOCH NIE DAGEWESEN!
Gewerbetreibende! Hausierer!
3000 Herrenulster
 zum Preise von 250—350 Mark
 Neutiger Herstellungs- und Verkaufspreis 700—1000 Mark,
 auch in kleinen Mengen, gibt ab an Private
Alfred Michaelis, L.H. Danzig
 Pfefferstadt 52, linker Aufgang, 2 Treppen. (5604)

Werkmeister
Bersammlung
 im Gewerbehau, Heil. Geistgasse 82.
 Redner: Paul Rothe,
 Leiter der Geschäftsstelle Berlin.
Welche Aufgaben stehen bevor?
 Kein Werkmeister, kein Angestellter darf fehlen.
 Alle Angestellten, einerlei welcher Organisation,
 sind willkommen. (5808)

Hausfrauen spart Gas!
 Warum Argern Sie sich über Ihr?
 Vorbei mit dem hohen Gasrechnungen!
 Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welches in keinem Haushalt fehlen darf.
 Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos billigen Vorrichtung, welche durch jedesman spielend leicht an jeder Gasleitung befestigt werden kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 30 Prozent Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern er verbrennt sogar bei dunklen Brennern die Helligkeit des Gaslichtes um ca. 400 Prozent.
 Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen Anerkennungen aus allen Kreisen vor.
 Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 24.—
E.A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.
 Vertreter an allen Orten gesucht!

Soeben erschienen!
Arbeiter-Notiz-Kalender
1922
 Preis 4.— Mark.
Buchhandlung Volkswacht,
 Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Das Schulprogramm der Sozialdemokratie
 von RICH. LOHMANN
 Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer und Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zusammengestellt sind, sondern auch die nächst- und fernsten Möglichkeiten zur Erreichung des Zieles dargelegt werden.
 Preis Mark 6.50
 Buchhandlung „Volkswacht“
 Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Ein guter Damenmantel
 blauen Samt für große Figur, verkauft Eilert, Prege Tor 10-11, part. r.
Ein junger, wachsender Hund
 umständlich, preisw. zu verk. Best. v. 3-6. Klein, Kolkewa. 14 pt., Hinterh.

Der Familienkalender des arbeitenden Volkes ist der VORWARTS ALMANACH 1922
 In Tiefdruck hergestellt, reich illustriert, enthält er viele interessante Aufsätze über wichtige Gegenstände, (z. B. Erziehung, Annehmlichkeiten, u. a. m. für Jung und Alt.
 Preis in köstl. Mehrfarbendruck Mark 4.—
 Buchhandlung Volkswacht: Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32

Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.
 kauft zum Tagespreis (1920) Markt, Junkergasse 8, Pfefferstadt 31.
Maschinenschreiben
 auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse Otto Siede, Neugarten 11.1

Endlich
 ist man den „Anger los“, denn „Rothwechspasta“ ist famos!
Edal
 putzt die Schuhe, poliert das Leder!
 Alleinhersteller: Werner & Merz A.-G. Mainz. (5887)

Arbeiter-Bildungsausschuß
 im Sitzungssaal der Gewerkschaften
 finden folgende Vortragsabende statt:
 A Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr
Geld, Währung, Valuta.
 Vortragender: A. Fooken.
 B Am Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr
Die Stellung des Menschen in der Natur.
 (mit Lichtbildern) Vortragender: Dr. Bing.
 C Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr
Etwas vom Sternenhimmel und Kometen.
 (mit Lichtbild.) Vortragender: Lehrer Bidau.
 Jeder Vortrag 1.— Mark. (5605)
 Die Karten sind zu haben in den Verkaufsstellen der Volkshäuser, Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32, in der Papierhandlung Gotthe Nachf. Lange Brücke 18, im Paritätbüro 4. Dama 7 III und in den Gewerkschaftsbüros, Heveliusplatz.

Tuch-Handlung
 verbunden mit (5548)
Herren-Maxschneiderei
Emil Schultz
 Danzig, Schmiedegasse 9
 bisher Heil. Geistgasse 112.

Klub-Garnituren, Klubsessel, Sofas, Chaiselongs, Auflegematratzen
 sehr preiswert. Polsterwerkstatt
H. Will, Husarengasse 9.
 Reparaturen billigst.
 Decken Sie sich mit (5597)
Weihnachtskerzen
 ein, jetzt noch enorm billig
Drogerie am Dominikanerplatz
 Heveliusgasse 12, Eckhaus Freitagasse, an d. Markthalie